

Die beiden Basel legen ihre Spitäler zusammen

Universitätsspital Basel-Stadt und Kantonsspital Baselland sollen bis 2020 zu einem System verschmelzen

Weniger Doppelspurigkeiten, tiefere Kosten bei höherer Qualität: Das ist das Ziel der beiden Basler Kantonsregierungen beim Zusammenschluss zweier Grossspitäler. Ein Akutspital wird durch eine Tagesklinik ersetzt.

Daniel Gerny, Münchenstein

Im Alltag ist die Kantonsgrenze zwischen den beiden Basel schon lange kaum mehr zu spüren – das zeigt sich auch im Gesundheitswesen. Anders als in anderen Kantonen, wo sich der überwiegende Teil der Patientinnen und Patienten in eigene Krankenhäuser begibt, liegt der Anteil der Baselbieter, die sich ausserhalb ihres Kantons behandeln lassen, bei 46 Prozent. Vor allem das Universitätsspital Basel-Stadt profitiert davon, während das Kantonsspital Baselland mit finanziellen Problemen kämpft. Das zeigt, dass die Spitalinfrastruktur in der Region den Anforderungen nicht mehr genügt. Gleichzeitig nimmt der finanzielle Druck auf das Gesundheitssystem weiter zu.

Jetzt holen die Gesundheitsdirektoren der beiden Kantone, die beide erst seit relativ kurzer Zeit im Amt sind, zum Befreiungsschlag aus: Bis Ende des

Jahrzehntes sollen das Universitätsspital Basel-Stadt und das Kantonsspital Baselland zu einem gemeinsamen Kliniksystem zusammengeschlossen werden, wie Lukas Engelberger (cvp., Basel-Stadt) und Thomas Weber (svp., Baselland) am Montag an einer Medienkonferenz in Münchenstein erklärten. Vorgesehen ist die Gründung einer gemeinsamen Spitalgruppe, innerhalb derer die Leistungen der einzelnen Häuser aufeinander abgestimmt werden. Ziel ist es, dass nicht mehr an allen Standorten möglichst viel angeboten wird, sondern dass Behandlungen jeweils dort vorgenommen werden, wo die Infrastruktur entsprechend ausgerichtet ist. Das senkt nicht nur Kosten, sondern erhöht auch die Fallzahlen am jeweiligen Standort und damit die Qualität.

Abriss des Bruderholz-Spitals

Das führt zu einer noch stärkeren Konzentration der Spitzenmedizin im Universitätsspital, während kürzere und weniger komplexe Eingriffe tendenziell in das heutige Kantonsspital zurückverlegt werden sollen. Damit können Kostensteigerungen gedämpft werden: einerseits, weil Doppelspurigkeiten vermieden werden, andererseits, weil einfachere Behandlungen nicht mehr im Universitätsspital durchgeführt werden müssen, wo die Tarife wegen der Spit-

zenmedizin hoch sind. Grosse Einsparungen erwarten die Kantone zudem durch die Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich: Der medizinische Fortschritt erlaube eine solche Verschiebung, erklärte Engelberger. Deshalb soll das veraltete Bruderholz-Spital im Kanton Baselland abgerissen und durch eine «Tagesklinik für operative und interventionelle Eingriffe» ersetzt werden. Auch das Regionalspital Laufen wird neu positioniert und als «bedarfsorientiertes Gesundheitsnetzwerk» ausgestaltet. So wird sichergestellt, dass auch die Bevölkerung im Laufental nah an ihrem Wohnort Zutritt zur integrierten Versorgungskette der Basler Spitäler hat.

Die beiden Basel folgen damit einer Entwicklung, die auch anderswo eingesetzt hat: Vorvergangene Woche präsentierten sechs Spitäler der Region Bern ein ähnliches Modell. Neu ist in der Nordwestschweiz, dass der Zusammenschluss über die Kantonsgrenze hinaus erfolgen soll. Dabei machten die beiden Gesundheitsdirektoren klar, dass die Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist: Die Spitalgruppe sei offen auch für weitere Partner aus der Region, wurde an der Medienkonferenz betont. Ausserdem wollen sich die beiden Basel auf Bundesebene für eine verstärkte Regionalisierung der Gesundheitsplanung einsetzen.

Wie die neue Organisation im Detail aussieht, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Unklar ist damit auch, ob es zu einer vollständigen Fusion der Spitäler kommt oder ob die Häuser weniger eng verbunden werden. Auch noch nicht festgelegt ist bis jetzt, wo welche Leistungen angeboten werden. Fest steht allerdings, dass der Zusammenschluss weitreichende Folgen haben wird: Nach Aussagen von Thomas Weber ist eine einheitliche Führung und eine gemeinsame finanzielle Verantwortung vorgesehen.

Konkrete Vorschläge bis 2016

Das neue Konzept soll bis ins Jahr 2020 umgesetzt werden. Die Verwaltungsräte des Universitätsspitals Basel-Stadt und des Kantonsspitals Baselland unterstützen die Strategie der Kantonsregierungen. Sie wurden beauftragt, bis im Herbst 2016 Vorschläge für die Ausgestaltung einer gemeinsamen Spitalgruppe inklusive eines Konzepts für eine Bruderholz-Tagesklinik auszuarbeiten. Danach beginnt die Realisierungsphase auf politischer Ebene, wobei unklar ist, inwiefern die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der beiden Kantone mitentscheiden werden: Dies hängt insbesondere davon ab, wie tiefgreifend der Zusammenschluss der beiden Spitäler in der konkreten Ausgestaltung ist.

Meinung & Debatte, Seite 19

Service public aus der Mitte

CVP bündelt ihre Positionen

For. Bern · Die CVP versucht sich vor den Wahlen im Herbst als Partei des Service public und der Regionen zu positionieren. Ein am Montag präsentiertes Papier bündelt weitgehend bekannte Positionen der CVP zum Service public. Es sei lange vor der Debatte über das Radio- und Fernsehgesetz geplant gewesen, sagte Parteipräsident Christophe Darbellay vor den Medien. Der Service public sei ein wesentliches Element des Staatsverständnisses und ein Markenzeichen der Schweiz, heisst es im 12-seitigen Papier. Die CVP sieht darin ein wichtiges Mittel für den nationalen Zusammenhalt. Die Politik müsse aber stets hinterfragen, ob die einzelnen Angebote noch angemessen seien.

Die CVP wolle eine starke SRG, die sich gegen die starke ausländische Konkurrenz behaupten könne, sagte Nationalrat Martin Candinas (cvp., Graubünden). Sie soll Sendungen, welche die Meinungsbildung fördern, mehr Platz einräumen. Auch Unterhaltungssendungen gehörten zum Kernauftrag der SRG. Würde sie nur noch günstige amerikanische Serien einkaufen, würde dies dem Selbstverständnis der Schweiz enorm schaden. Die CVP unterstützt das Werbeverbot im Online-Bereich.

In der Energiepolitik ist die Partei für die Strommarktöffnung für KMU und Haushalte. Sie verlangt aber eine garantierte Grundversorgung und Versorgungssicherheit für die ganze Schweiz. Im Rahmen der Energiestrategie 2050 soll die einheimische Wasserkraft mit «angemessenen Massnahmen», sprich: auch Subventionen, unterstützt werden. Vorsichtiger zeigt sich die CVP beim Monopol der Post für Briefe bis 50 Gramm. Die Marktöffnung müsse sorgfältig geprüft werden.

Solar-Grossprojekt steht vor einem steinigen Weg

Der Bau des umstrittenen Sonnenkraftwerks im Steinbruch Schnür am Walensee ist mit vielen Unsicherheiten behaftet

Der Plan für das grösste Solarkraftwerk der Schweiz am Walensee stösst bei Landschaftschützern auf Widerstand. Zudem bleiben trotz Testanlage Fragezeichen zur Finanzierung.

Davide Scruzzi, Amden

Das Wetter für die Präsentation der Solar-Versuchsanlage am Walensee hätte am Montag nicht besser sein können. Doch die Sommerhitze am felsigen Nordufer des Sees trägt. Hohe Temperaturen schmälern die Leistung von Photovoltaikanlagen. Zudem stehen bei der Realisierbarkeit des geplanten Solar-Grosskraftwerks die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) und die St.-Gallisch-Appenzelischen Kraftwerke (SAK) vor komplexen Fragen. Kein Wunder. Die bis zu 230 Meter hohen Felswände, die mit Solarpanels überzogen werden sollen, stehen in einem Gebiet, das zum Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) gehört.

Besser im Gebäudebereich?

Das bisher grösste Schweizer Solarprojekt entsteht in Payerne als Zwischenanwendung eines Industriegebiets mit einer Leistung von 6 Megawatt. Die Anlage am Walensee soll 15 Megawatt stark sein und 12 000 Megawattstunden im Jahr produzieren (AKW Leibstadt: etwa 9 Millionen Megawattstunden pro Jahr).

Die Solarpanels für das Kraftwerk sollen nicht, wie zuerst gedacht, unmittelbar an der Felswand befestigt werden, sondern an einem Drahtseilsystem hängen. Dies erleichtert die Realisierung und bietet Schutz vor Steinschlag. Obwohl damit Eingriffe in den Fels auf den obersten und untersten Bereich beschränkt sein dürften, ist der Fall für die Stiftung für Landschaftsschutz (SL) klar. «Der Eingriff in ein BLN-Gebiet ist nicht zu rechtfertigen, weil es viele andere Möglichkeiten für den Bau grosser Photovoltaikanlagen gibt», sagt Matthias Rapp von der SL. Er nennt Industriedächer. Just von der Kombination von Anlagen auf Dächern mit Effizienzmassnahmen im Gebäudebereich erhoffen sich viele ohnehin mehr energetische Vorteile als von einzelnen Öko-



Der Testbetrieb am Walensee ist klein. Die Solargrossanlage soll aber die ganze Felswand (rechts) bedecken. GIAN EHRENZELLER / KEYSTONE

strom-Kraftwerken. Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission hat sich zwar in einem Gutachten positiv zur seit Januar in Betrieb stehenden Versuchsanlage gestellt, gleichzeitig aber erklärt, dass das Grossprojekt mit grosser Wahrscheinlichkeit mit den BLN-Kriterien nicht vereinbar wäre.

Die jetzige Testanlage auf dem Gemeindegebiet von Amden besteht aus 43 Modulen verschiedener Bauart. In einem Container werden die von den einzelnen Panels produzierten Strommengen in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften in Wädenswil analysiert. Ziel ist, bis in einem Jahr die absehbare Produktion und die ideale Technik und Ausrichtung ermittelt zu haben. Das grosse Plus ist die gerade im Winter beachtliche Lichtreflexion des Sees, so Werner Frei vom EKZ. Die sonst eher verpönten Solaranlagen auf «Freiflächen» seien legitim, wenn sie gegenüber Anlagen auf Dächern einen

Mehrnutzen brächten, sagt David Stichelberger vom Branchenverband Swissolar. Bei einer starken Produktion im Winter, wenn Strommangel herrscht, könnte dieses Kriterium am Walensee erfüllt sein.

Fragwürdige Rentabilität

Die Beteiligten rechnen nicht mit Produktionskosten unter 15 bis 20 Rappen pro Kilowattstunde. Die wohl rund 30 Millionen Franken teure Anlage könnte also nicht zu Marktpreisen produzieren. Die Entwicklung der umstrittenen Subventionssysteme für Ökostrom ist denn für EKZ und SAK auch ein wichtiger Faktor. Denkbar wäre eine Eingabe des Bauprojekts bis 2017 und eine Bewilligung und Realisierung ab Mitte 2018. Doch wird dieser Zeitplan von den Stromfirmen selbst als optimistisch beurteilt. Der Anschluss ans Stromnetz müsste durch ein Unterwasserkabel erfolgen.

HOFFEN AUF DEN STÄNDERAT

dsc. · Die EKZ nennen das Bewilligungsverfahren und die Wirtschaftlichkeit als Erfolgskriterien des Walensee-Projekts. Die Chancen für eine Bewilligung in einem Gebiet des Bundesinventars der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung würden steigen, wenn Ende Jahr der Ständerat – wie schon der Nationalrat – im Zuge der Energiestrategie 2050 energetische Interessen neu als gleichrangig mit dem Landschaftsschutz taxieren würde. Punkto Wirtschaftlichkeit verweisen die Stromfirmen auf die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV). Doch die vom Nationalrat beschlossene Erhöhung der Mittel für dieses Ökostrom-Subventionssystem stösst auf Kritik. Ohne KEV-Ausbau dürfte ein neues Grossprojekt aber keine Gelder mehr erhalten. Der Zugang zu anderen Fördergeldern ist ebenfalls ungewiss.

IN KÜRZE

6800 Rekruten in der Sommer-RS

(sda) · Am Montag sind gut 6700 Rekruten und 70 Rekrutinnen in die Sommer-RS eingerückt. Sie werden je nach Truppe 18 bis 21 Wochen ihren Dienst leisten. An die 1300 absolvieren ihn am Stück als Durchdiener, wie das Verteidigungsdepartement (VBS) mitteilte. Wegen Vorkommnissen, die erst nach der Rekrutierung erfolgt sind, fielen 34 Personen durch die Risikoprüfung und wurden nicht zum Dienst aufgeboden. Dabei geht es um Personen, die «ein mögliches Risiko für sich oder ihr Umfeld darstellen», wie es in der Mitteilung heisst.

Mädchen muss zur Mutter zurück

(sda) · Im juristischen Seilziehen eines Ehepaars um ein neunjähriges Mädchen hat das Aargauer Obergericht einen Entscheid gefällt. Es entschied, dass das Mädchen reisefähig ist und ohne gesundheitliche Beeinträchtigung zu seiner Mutter nach Mexiko zurückkehren muss. Der Fall hatte grosse Wellen geschlagen, als die Grossmutter im Mai mit dem Kind nach Frankreich flüchtete und dort untertauchte. Inzwischen sind die Grossmutter und die Enkelin in Frankreich aufgegriffen und in die Schweiz zurückgeschickt worden.

ANZEIGE

 Sprachschule Schneider

Let's Talk Business.

Die Business-Sprachschule für Firmen und Private.